

Rundbrief Nr. 4 - Offener Brief gegen DGB-Zeitarbeitstarifverhandlungen

Liebe KollegInnen!

Hier die neuen Unterzeichnerinnen:

381	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]

Gerne weiter für unsere Position werben und vor allem in Gremien diskutieren.

Ihr selbst könnt auch hier noch einmal aktiv werden.

Im Ersten läuft heute abend um 21. Uhr "hart aber fair" zum Thema: Hungerlohn bei Luxusmarken: Die neue B-Klasse der Arbeit.

Die Gäste: Hannelore Kraft (SPD, NRW-Ministerpräsidentin, stellv. SPD-Vorsitzende) Nikolaus Schneider (Ratsvorsitzender Evangelische Kirche Deutschland) Martin Lindner (FDP, Stellv. Fraktionsvorsitzender und Wirtschaftspolitischer Sprecher FDP-Bundestagsfraktion) Rainer Dulger (Präsident Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Unternehmer) Detlef Wetzel (Zweiter Vorsitzender IG Metall) Im Einzelgespräch: Stefan Sell (Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz)

Anlass der Sendung ist die Dokumentation „Hungerlohn am Fließband“ , die um 20.15 Uhr ausgestrahlt wird.

„Interessierte“ können sich auch während der Sendung per Telefon und Fax an der Diskussion beteiligen und schon jetzt über die aktuelle Internet-Seite (www.hart-aber-fair.de) ihre Meinung, Fragen, Ängste und Sorgen an die Redaktion übermitteln. "hart aber fair" ist immer erreichbar unter Tel.: 0800/5678-678, Fax: 0800/5678-679, E-Mail: hart-aber-fair@wdr.de.

Bringt euch ein!!!

Hier die links zu 3 Gremien-Beschlüssen gegen die Neuverhandlung des DGB Tarifvertrags Zeitarbeit:

[Schreiben vom ver.di Bezirk Düsseldorf vom 08.05.2013](#) an ver.di-Bundesvorstand und ver.di

Tarifpolitische Grundsatzabteilung. Aus dem Text: *“... über die Neuverhandlungen des Tarifvertrages zwischen der DGB -Tarifgemeinschaft und den Leiharbeitsverbänden BAP und IGZ wird auch im Bezirk Düsseldorf eine intensive Diskussion geführt. Bei uns herrscht Unverständnis darüber, dass es keine Information und Diskussion über diese Neuverhandlungen gegeben hat. Dieses intransparente Vorgehen widerspricht einer offenen Diskussionskultur. (...) Der Bezirksvorstand Düsseldorf ist nicht bereit, einen erneuten DGB-Tarifvertrag in der Zeitarbeit mitzutragen, wenn solche Verhandlungen nicht die bessere Variante sind, unser Ziel des flächendeckenden Equal Pay zu erreichen...”*

[Schreiben vom DGB-Kreisverband Schwäbisch Hall vom 27.03.13](#) an den DGB Bezirk Baden-Württemberg mit der Bitte um Weiterleitung an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und an die Tarifkommission. Aus dem Text: *“... wenn Gewerkschaften vor Tarifverhandlungen stehen, werden üblicherweise die Forderungen breit in der Mitgliedschaft diskutiert. Ganz anders nehmen wir das bei den Verhandlungen der DGB Gewerkschaften mit den Leiharbeitsverbänden BAP und IGZP wahr, die vor einigen Tagen begonnen haben. (...) Es spricht nämlich einiges dafür, das nicht zu tun. Denn die DGB-Tarifverträge schreiben Dumpinglöhne fest, die vielerorts dazu genutzt werden, Branchentarifverträge zu unterlaufen. (...) In Betrieben für die keine Branchenzuschläge vereinbart wurden- und das sind immer noch die meisten – könnte Leiharbeit weiterhin zum Lohndumping genutzt werden. Und selbst dort, wo die Zuschläge greifen, ist Leiharbeit vom „equal pay“, also der gleichen Entlohnung wie die Stammbeschäftigten, noch ein großes Stück entfernt, weil auch tarifliche Sonderzahlungen wie Weihnachts – und Urlaubsgeld oder Schichtzuschläge schlechter oder gar nicht bezahlt werden. Dabei könnten wir Gewerkschaften „equal pay“ erreichen – und müssten dafür nur die DGB-Tarife ersatzlos kündigen! (...) Wenn wir nicht in den Verdacht geraten wollen, wir würden die Haltung der deutschen Unternehmer übernehmen, dass die „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Industrie über Leiharbeit und prekäre Beschäftigung zu vergrößern sei, dann müssen wir strategisch dafür sorgen, dass Leiharbeit zurückgedrängt und letztlich verboten wird. Ein Schritt dazu wäre die ersatzlose Aufkündigung der DGB-Leiharbeitstarifverträge...”*

[Stellungnahme des Vertrauenskörpers der KBA-MetalPrint GmbH an die IG Metall Stuttgart](#) (ohne Datum). Aus dem Text: *“... “Wir, die Vertrauensleute der KBA-MetalPrint GmbH fordern Euch stellvertretend für unsere Belegschaft auf, energisch beim DGB die ersatzlose Kündigung des DGB-Tarifvertrages mit den Leiharbeitsverbänden zu fordern und Euren Einfluß geltend zu machen.”*

Eine offizielle Reaktion der angeschriebenen Bundesvorstände gibt es weiterhin nicht.

Auf der Internetseite des DGB (<http://www.dgb.de/themen/++co++8e936006-b66e-11e2-83f0-00188b4dc422>) steht der Hinweis, „die Tarifverhandlungen führen auf Seiten der Gewerkschaften die Mitgliedsgewerkschaften des DGB unter dem Dach der DGB-Tarifgemeinschaft Leiharbeit. Zusätzlich wurden bei den DGB-Mitgliedsgewerkschaften Tarifkommissionen gebildet, die auch aus Leiharbeitsbeschäftigten bestehen. Diese beraten und bewerten die Verhandlungspositionen und haben am Ende auch für die jeweilige DGB-Gewerkschaft über ein mögliches Ergebnis zu befinden.“

Vielleicht trauen sich die ehrenamtlichen KollegInnen in den Tarifkommissionen ja zu reagieren und bieten uns ein Gespräch an.

Die Linksfraktion im Bundestag hat u. a. unseren offenen Briefes zum Anlass genommen und ein Treffen von GewerkschafterInnen der Linksfraktion im Bundestag mit der tarifpolitischen Grundsatzabteilung von ver.di in den kommenden Tagen vereinbart.

Im Anhang ein Artikel aus der Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 6/2013. Dr. Reingard Zimmer ist Professorin für Arbeitsrecht in Hamburg. Sie kommt in dem Artikel zum Ergebnis, dass die

Abweichung per Tarifvertrag in Deutschland nicht mit der EU-Richtlinie zur Leiharbeit vereinbar ist.
Außerdem ein Artikel der Zeitung Neues Deutschland.

Soweit für heute
mit solidarischen Grüßen

Jan de Vries

